

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Diakoniewerk Kloster Dobbertin gemeinnützige GmbH, 19399 Dobbertin

1. Grundlagen des Unternehmens

Die Diakoniewerk Kloster Dobbertin gGmbH (im Folgenden auch „Diakoniewerk“) wurde am 27.09.1990 gegründet und wird im Handelsregister beim Amtsgericht Schwerin unter der Nr. HR B 2737 geführt. Der Sitz der Gesellschaft ist Dobbertin. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 27.09.1990 in der Fassung vom 08.11.2017. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Jugend- und Altenhilfe, der Erziehung und des Wohlfahrtswesens. Die Einrichtungen und Angebote befinden sich in fünf Landkreisen des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Neben Beratungsangeboten für Familien, Migranten und von Süchten betroffenen Menschen unterhält das Unternehmen verteilt auf sechs Standorte Tagesgruppen gemäß § 125 SGB IX i.V.m. dem Landesrahmenvertrag M-V gemäß § 131 SGB IX. Des Weiteren wird eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung mit 361 Plätzen und eine Kapazität von 603 Plätzen als gemeinschaftliche Wohnform nach dem SGB IX vorgehalten. Drei Einrichtungen mit einer Gesamtplatzzahl von 178 werden als Einrichtungen nach SGB XI zzgl. ergänzender Eingliederungshilfe geführt. Zudem werden in 14 Altenhilfeeinrichtungen (1.151 Plätze) Menschen mit festgestellten Pflegegraden betreut. Sechs Kindertagesstätten (471 Plätze) sowie die Förderschule mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung (70 Plätze) ergänzen das Angebot.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat auf die Geschäftstätigkeit des Diakoniewerks nur indirekten Einfluss, indem diese die Zahlungsfähigkeit unserer Kostenträger beeinflusst. Des Weiteren kann das Bewilligungsverfahren unserer Kostenträger zunehmend durch die gesamtwirtschaftliche Lage mittel- bis langfristig beeinträchtigt werden. Die Entwicklung der Rahmenbedingungen im Bereich der Behindertenhilfe zeigt, dass die Nachfrage nach Leistungsangeboten aufgrund der demographischen Entwicklung in der Region auch in den nächsten Jahren weiter wachsen wird.

Aufgrund der steigenden Anzahl an Hilfeempfängern sowie steigender Kosten pro Fall, ist die öffentliche Hand bestrebt die Kostenentwicklung in diesem Sektor zu dämpfen. Daher sehen wir uns als Anbieter einem zunehmenden Druck ausgesetzt, welcher sich vor allem durch die steigende Nachfrage, den deutlich angespannten Arbeitsmarkt für Fachkräfte sowie durch das Bewilligungsverhalten der Kostenträger auswirkt.

Das Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) trat zum 02.07.2023 in Kraft. Das Diakoniewerk hat zur Sicherstellung der gesetzlich festgeschriebenen Anforderungen einen Dienstleistungsvertrag mit der Firma Althammer und Kill GmbH & Co KG, Hannover, abgeschlossen. Die Ombudsperson wird seitdem intern vom Diakoniewerk gestellt.

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) gilt ab 01.01.2024 für das Diakoniewerk. Das allgemeine Ziel des LkSG verfolgt die Verantwortungsübernahme zum Schutz der Menschenrechte in globalen Lieferketten. Um die Einhaltung des LkSG sicherzustellen, wurde im zweiten Halbjahr 2023 eine Risikoanalyse in Hinblick auf die eigenen Tätigkeiten und Geschäftsbeziehungen der Lieferketten durchgeführt. Ebenso erfolgte die Benennung eines Menschenrechtsbeauftragten.

2.2. Geschäftsverlauf

Die Geschäftsführung ist seit 01.04.2023 wieder auf zwei jeweils einzelvertretungsrechtigte Geschäftsführerinnen verteilt. Die Arbeitsbereiche wurden entsprechend aufgeteilt. Den Bereich der Teilhabe und Rehabilitation sowie Bildung, Kinder-, Jugend- und Familienhilfen verantwortet Frau Ronneberger. Die Altenhilfe und die zentralen Dienste liegen in der Zuständigkeit von Frau Dr. Gerlach.

Im Diakoniewerk waren im Geschäftsjahr 2023 durchschnittlich insgesamt 1.661 Mitarbeitende beschäftigt, davon 427 Vollzeit- und 1.234 Teilzeitkräfte. Hierzu zählten auch die Praktikanten, Teilnehmenden des Bundesfreiwilligendienstes und des freiwilligen sozialen Jahres. Im Jahresdurchschnitt waren insgesamt 1.235 Vollkräfte beschäftigt.

Die fachliche und persönliche Weiterentwicklung der Mitarbeitenden wird auch zukünftig unterstützt. Bei den Fortbildungen wird intensiv auf die vorhandenen Kompetenzen im Diakoniewerk zurückgegriffen. Externe Veranstaltungen werden insbesondere im Bereich der Pflegeplanung und des Pflegeprozesses, der Umsetzungsbegleitung des Bundesteilhabegesetzes, der Verhandlungsführung, der Prävention und des Gewaltschutzes sowie bei der beruflichen Weiterqualifikation qualifizierter Mitarbeitender eingesetzt. Zur Sicherung der Qualität der Angebote werden Supervision und Coaching angeboten. Viele Fortbildungen sind auf Online-Formate umgestellt. Um den sich verändernden Ansprüchen an Fort- und Weiterbildung gerecht zu werden, steht eine E-Learning Plattform für Lehr- und Lernprozesse allen Mitarbeitenden zur Verfügung. In den Angeboten der Eingliederungshilfe und der Schule wird zur Stärkung der Selbstvertretenden und SchülerInnen das Assistenzmodell nach Willem Kleine Schaars (WKS-Modell) implementiert.

Die zertifizierten Einrichtungen und Bereiche haben ihre planmäßigen Rezertifizierungen mit Erfolg bestanden. Intern bestehen themenbezogene Qualitätsgemeinschaften, die mittels einer externen Begleitung das Qualitätsmanagement System nach DIN ISO 9001 kontinuierlich weiterentwickeln. In den Qualitätsgemeinschaften sind die Leitungen der Einrichtungen und Dienste vertreten, so dass deren besonderer Verantwortung Rechnung getragen wird. Als sehr vorteilhaft haben sich auch die Schulung interner Auditoren und die daraus resultierende Erhöhung der Qualität durch interne Audits erwiesen. Qualitätsmanagement ist in allen Einrichtungen fest etabliert, so dass nur noch die Einrichtungen zertifiziert werden, für die es explizit vorgeschrieben ist.

Zentraler finanzieller Leistungsindikator zur Steuerung ist das Jahresergebnis. Das breite Spektrum der Angebote mit seinen sehr komplexen Finanzierungssystemen sowie die regionale Ausdehnung erfordern für jedes Angebot eine detaillierte Planung und ein sehr zeitnahes Controlling. Jede Einrichtung und jedes Angebot wird als einzelne Kostenstelle geführt. Diese Kostenstellen werden zu einem Plan für den jeweiligen Arbeitsbereich zusammengeführt. Diese Arbeitsbereiche werden wiederum über das Gesamtdiakoniewerk aggregiert. Somit werden die einzelnen Kostenstellen-, Arbeitsbereichs- und Gesamtergebnisse sowie die weiteren wesentlichen Leistungsindikatoren, wie die Belegung mit den entsprechend realisierten Erlösen sowie der Personaleinsatz mit den entsprechend angefallenen Personalaufwendungen, je Kostenstelle, aggregiert je Arbeitsbereich und für das Diakoniewerk als Ganzes überwacht und gesteuert.

Die Grundsatzfragen des Diakoniewerks werden im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung besprochen. Der Aufsichtsrat trat im Jahr 2023 in 5 Sitzungen zusammen, die Gesellschafterversammlung einmal gemeinsam mit dem Aufsichtsrat.

Im Bereich der Teilhabe und Rehabilitation wird seit der Einführung des Bundesteilhabegesetzes mit Übergangsregelungen gearbeitet. Die Begutachtung des Personenkreises verbunden mit Erstellung eines individuellen Teilhabeplanes bleibt weiterhin offen. Ebenfalls werden weiterhin Verhandlungen nach dem Landesrahmenvertrag M-V mit den Kostenträgern geführt. Vom Diakoniewerk gestellte Anträge werden teilweise bei der Schiedsstelle eingereicht.

2.3 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.3.1 Ertragslage

Der Umsatz des Diakoniewerks (inkl. Erlöse aus der Berechnung von Investitionskosten sowie Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand) beläuft sich im Berichtsjahr auf TEUR 102.078 (Vorjahr: TEUR 94.032). Der Erlösanstieg resultiert bei einer insgesamt weiterhin konstant guten Belegung insbesondere aus den über alle Tätigkeitsbereiche im Jahresvergleich höheren Leistungsentgelten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um TEUR 2.267 auf TEUR 6.587 gesunken und betreffen zum überwiegenden Teil die Erstattungen der Sozialversicherungsbeiträge für die in den Werkstätten beschäftigten Menschen mit Behinderungen und andere Personalkostenerstattungen. Die Erstattungen nach dem Pflegeberufegesetz betragen TEUR 1.554 (Vorjahr TEUR 983). Erstmals im Jahr 2023 sind die Ergänzungshilfen nach § 154 SGB XI i.H.v. TEUR 722 enthalten.

Der Materialaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere durch gestiegene Preise für Gebäudereinigung und Küchendienstleistungen insgesamt um TEUR 2.657 auf TEUR 22.211 erhöht. Die Materialaufwandsquote (Verhältnis Materialaufwand – gekürzt um die coronabedingten Erstattungen sowie die Ergänzungshilfen für steigende Energiepreise – zu Umsatzerlösen und Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand) hat sich trotz der gestiegenen Umsatzerlöse leicht erhöht und beträgt 21,0 % (Vorjahr 20,0 %).

Der Anstieg des Personalaufwands um TEUR 2.894 auf TEUR 68.818 (ohne die Sozialabgaben für Betreute von TEUR 2.412, Vorjahr TEUR 2.370) resultiert bei einer leicht gestiegenen Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Vollkräfte von 1.235 (Vorjahr 1.219) insbesondere aus Entgelterhöhungen im Vor- und im Berichtsjahr. Für das Berichtsjahr wird die Anlage 14 zur Arbeitsvertragsrichtlinie des Diakonischen Werkes Mecklenburg-Vorpommern e.V., Schwerin angewandt, und die zweite Hälfte der Jahressonderzahlung wird anteilig ausgezahlt. Die Rückstellung für die Jahressonderzahlung beträgt zum Stichtag TEUR 1.806 (Vorjahr: TEUR 2.302). Die Personalaufwandsquote (Personalaufwand – ohne die Sozialabgaben für Betreute – im Verhältnis zum Umsatz inkl. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand) hat sich im Berichtsjahr verringert und beträgt 67,4 % (Vorjahr 70,1 %).

Die planmäßigen Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr sind leicht erhöht und betragen TEUR 4.573 (Vorjahr TEUR 4.566).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 1.061 auf TEUR 11.513 gestiegen. Der Anstieg betrifft insbesondere die Aufwendungen für Instandhaltungen (TEUR +508), Transport (TEUR +216) sowie die Beiträge zum Ausbildungsfonds gemäß Pflegeberufegesetz (TEUR +405). Den Beiträgen zum Ausbildungsfonds gemäß Pflegeberufegesetz von TEUR 2.014 (Vorjahr TEUR 1.609) stehen in den sonstigen betrieblichen Erträgen Ausgleichszahlungen von TEUR 1.554 (Vorjahr TEUR 983) gegenüber.

Die Zinsaufwendungen betreffen im Wesentlichen Zinsen für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (TEUR 113; Vorjahr: TEUR 131). Der Rückgang der Zinsaufwendungen resultiert aus den insgesamt gesunkenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und dem allgemein fallenden Zinstrend in Vorjahren.

Das Jahresergebnis wurde für 2023 unter dem Vorjahresniveau geplant. Der Jahresüberschuss 2023 liegt entsprechend der Prognose mit TEUR 1.101 um TEUR 804 unter dem Vorjahresergebnis (TEUR 1.905). Trotz einer insgesamt konstant guten Belegung und im Jahresvergleich für viele Einrichtungen/Leistungsangebote leicht höheren Leistungsentgelten ist vor allem die Materialaufwandsquote gestiegen. Die Refinanzierung der gestiegenen Materialaufwendungen ist problematisch und gelingt nicht immer. Insbesondere die stetig steigenden Personalaufwendungen verdeutlichen, dass eine angemessene Refinanzierung der angebotenen Leistungen nur durch die stetige Neuverhandlung der Leistungsentgelte gewährleistet werden kann.

2.3.2 Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme verminderte sich um TEUR 3.146 auf TEUR 100.970.

Bei Investitionen in Software und Lizenzen von TEUR 5 sowie Umbuchungen aus den Anlagen im Bau von TEUR 322 und Abschreibungen von TEUR 128 haben sich die immateriellen Vermögensgegenstände um TEUR 199 auf TEUR 463 erhöht.

Bei Investitionen in Sachanlagen von TEUR 2.073, denen Abschreibungen von TEUR 4.445, Umbuchung geleisteter Anzahlungen in die immateriellen Vermögensgegenstände von TEUR 322 sowie Abgänge von TEUR 7 gegenüberstehen, verminderten sich die Sachanlagen um insgesamt TEUR 2.701 auf TEUR 85.516.

Die wesentlichen Investitionen betrafen Betriebs- und Geschäftsausstattung. Für Instandhaltungen wurden im Berichtsjahr insgesamt TEUR 3.839 (Vorjahr TEUR 3.331) aufgewendet.

Die Finanzanlagen haben sich im Berichtsjahr um TEUR 357 auf TEUR 1.621 erhöht. Die Zugänge betreffen die im Rahmen der langfristig geschlossenen Immobilienleasingverträge jährlich zu gewährenden Mieterdarlehen.

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 919 auf TEUR 12.121 vermindert. Insbesondere die Vorräte (TEUR -103), die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR -298) sowie die Guthaben bei Kreditinstituten (TEUR -550) haben sich rückläufig entwickelt.

Dem Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von TEUR 3.185 stehen Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit in Höhe von TEUR 2.203 sowie aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von TEUR 1.532 gegenüber, so dass sich die liquiden Mittel zum Bilanzstichtag um TEUR 550 auf TEUR 9.022 vermindert haben. Das Diakoniewerk konnte im Geschäftsjahr seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

Im Zusammenhang mit der im Geschäftsjahr 2011 erfolgten Angebotserweiterung wurden langfristige Immobilienleasingverträge abgeschlossen. Im Rahmen dieser Verträge

wurden Leasingvorauszahlungen von insgesamt TEUR 2.510 geleistet, die über die Vertragslaufzeit von 25 Jahren abgegrenzt werden. Dieser aktive Rechnungsabgrenzungsposten aus der Vorauszahlung hat sich im Berichtsjahr planmäßig von TEUR 1.330 auf TEUR 1.230 (ohne übrige Abgrenzungen) vermindert.

Der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens hat bei Zuführungen von TEUR 120 sowie Umbuchungen aus den Verbindlichkeiten von TEUR 30 und planmäßigen Auflösungen von TEUR 2.091 um TEUR 1.941 auf TEUR 41.384 abgenommen.

Allen erkennbaren Verpflichtungen wurde im Jahresabschluss 2023 Rechnung getragen. Für die kommenden Belastungen im Personalbereich, u. a. für offene Urlaubstage, Mehrarbeit sowie Abfindungen, bestehen Rückstellungen in erforderlichem Umfang. Die Auszahlung der zweiten Hälfte der Jahressonderzahlung für 2023 erfolgt anteilig. Die Rückstellung beträgt TEUR 1.806 (Vorjahr: TEUR 2.302).

Durch die planmäßigen Darlehenstilgungen von TEUR 1.415 haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Darlehensgebern im Berichtsjahr insgesamt auf TEUR 9.201 vermindert.

Das wirtschaftliche Eigenkapital des Diakoniewerks (Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens) beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 82.461 (Vorjahr TEUR 83.301). Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote beläuft sich demnach auf 81,7 % (Vorjahr 80,0 %).

Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgt vollständig durch Eigenkapital, Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens sowie mittel- und langfristige Verbindlichkeiten.

2.4 Zusammenfassende Würdigung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung

Der Jahresüberschuss 2023 liegt entsprechend der Prognose unter dem des Vorjahres und beläuft sich auf TEUR 1.101.

Bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft kontinuierlich weiterentwickelt und wird als stabil eingeschätzt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die Angaben im Anhang sowie auf den Ausblick.

3. Chancen- und Risikobericht

Um die nachhaltige Entwicklung unserer Einrichtungen zu fördern, werden wir auch weiterhin für eine gute Auslastung und die bedarfsgerechte Ausrichtung aller Angebote sorgen, um die aktuellen sozialwirtschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen.

Die Auslastung der Angebote muss weiterhin regelmäßig evaluiert und die entsprechende Personalausstattung angemessen angepasst werden. Rückläufige Auslastungen, insbesondere der stationären Angebote, können sich negativ auf die Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft auswirken und sind durch weitreichende Maßnahmen zu vermeiden.

Mit den Bedrohungslagen in der Welt und einer zunehmenden Verunsicherung in der Bevölkerung angesichts unüberschaubarer Veränderungen sowie weiter anhaltender

Kostenentwicklung in einzelnen Lebensbereichen bleibt die Aufrechterhaltung der sozialen Angebote im Mittelpunkt der konzeptionellen und wirtschaftlichen Anstrengungen. Der Anteil der Bevölkerung, die in Armut oder einem erhöhten Armutsrisiko lebt, steigt weiter an und die Anforderungen an die sozialen Leistungen erhöhen sich ebenso drastisch. Die notwendigen Reformen in der Sozialgesetzgebung wie z.B. in der Pflege und der Eingliederungshilfe kommen kaum voran oder bleiben nach wie vor weit hinter den Erwartungen zurück.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wird das Thema der nächsten Haushaltsperioden und gewiss ist, dass dies nicht ohne Auswirkungen auf die freiwilligen sozialen Arbeitsfelder bleiben wird. Klar erkennbar sind bereits jetzt die höheren Verschuldungen des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften.

Eine erhebliche Herausforderung bleibt dabei die Aufrechterhaltung der vielfältigen Beratungsangebote. Nachdem die Überleitung an die kommunalen Gebietskörperschaften erfolgte, sind noch nicht in allen Landkreisen und kreisfreien Städten insbesondere auch in Ludwigslust-Parchim verbindliche mehrjährige Kostenzusagen erfolgt und transparent geregelt.

Darüber hinaus gestalten sich die Verhandlungen mit Entscheidungsträgern auf Kommunalebene sowie mit anderen Kostenträgern wie den Pflegekassen durch erhebliche zeitliche Verzögerungen des Verhandlungsgeschehens insbesondere in Schiedsstellen äußerst schwierig. Die aufgestauten Konflikte gilt es in 2024 mit Blick auf gemeinsame Lösungen für die hilfsbedürftigen Menschen hier im Landkreis aufzulösen. Mit dem Übergang in das Jahr 2024 konnte erneut eine Überleitungsvereinbarung im Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX für alle noch nicht verhandelten Angebote abgeschlossen werden. Diese sicherte den Leistungserbringern die Anpassung der Leistungsentgelte an die Gehalts- und Preissteigerungen bis zur Verhandlung der Leistungs- und Entgeltvereinbarungen in der Eingliederungshilfe. Es zeigt sich, dass die Umsetzung der Verhandlungen der Leistungs- und Entgeltvereinbarungen wesentlich mehr Zeit in Anspruch nimmt als vorgesehen. Dabei sind zahlreiche Anträge zur Festsetzung der Entgelte in der Schiedsstelle SGB IX mit langen Bearbeitungszeiten ausstehend. Diese Situation führt dazu, dass in den Eingliederungsangeboten hohe finanzielle Forderungen ausstehen.

Die bedingt durch den Druck auf dem Arbeitskräftemarkt für das Jahr 2023 beschlossenen Steigerungen der Entgelte der Mitarbeitenden der Diakonie in der AVR DW M-V, die sich vollständig im Wirtschaftsjahr 2024 abbilden und darüber hinaus wirksam sind, erschweren die wirtschaftliche Situation. Vor dem Hintergrund der Arbeitskräftesicherung und der Entwicklung der Vergütungen in der Sozialbranche waren diese Erhöhungen unvermeidbar. Damit verbunden sind notwendige Maßnahmen einer breit angelegten Personalpolitik und ein gut strukturiertes Personalmanagement.

In den kommenden Geschäftsjahren muss der Rekrutierung von Fachpersonal ein höherer Stellenwert als bisher beigemessen werden. Dabei gilt es, kurz- und mittelfristig qualifizierte Mitarbeitende und Führungskräfte zu gewinnen und zu halten. Des Weiteren sollen im kommenden Geschäftsjahr die präventiven Maßnahmen im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagement ausgebaut werden, um dem Ausfall von Mitarbeitenden entgegenzuwirken und damit positiv auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Diakoniewerks einzuwirken.

Hinzu kommen die Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation und die damit verbundenen notwendigen energieeffizienten Investitionen auf den Weg zu bringen. Hierfür braucht es langfristige Konzepte, die durch weitere Vorgaben und aktuelle

Gesetze bestimmt werden und im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten zu planen sind.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich stark auf die Energie- und Lebensmittelmärkte ausgewirkt und im Diakoniewerk zu erheblichen Mehraufwendungen geführt. Den nicht vollständig vorhersehbaren Auswirkungen wird durch interne Maßnahmen begegnet und sie müssen in den Pflegesatz- und Entgeltverhandlungen berücksichtigt werden. Zudem müssen staatliche Hilfen genutzt werden.

Die vom Gesetzgeber zeitnah avisierte Nutzungspflicht von Heizsystemen, die mit einem hohen Anteil an erneuerbaren Energien betrieben werden müssen, stellen das Diakoniewerk zukünftig vor erhebliche Herausforderungen für alle zu beheizenden Wohn- und Nichtwohngebäude.

Der Bauunterhalt und damit der Substanzerhalt der Gebäude ist generell ein zentrales Anliegen i.R. der Investitionstätigkeiten des Diakoniewerkes.

4. Ausblick

Ab dem Geschäftsjahr 2025 wird das Diakoniewerk durch die neue Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichtet. In diesem Zusammenhang haben wir mit den vorbereitenden Maßnahmen begonnen. So wird u.a. im Jahr 2024 eine Facility-Management-Software (FMS) erworben. Die in der FMS hinterlegten Daten können somit zu Auswertungen und Analysen herangezogen werden, um Entscheidungsprozesse z.B. im Instandhaltungsbereich zu vereinfachen und ggf. Finanzierungsbedarfe schneller feststellen zu können.

Durch die Ausweitung und Ausdifferenzierung seiner Angebote hat das Diakoniewerk seine Innovationsfähigkeit unter Beweis gestellt sowie seine Fähigkeit bewiesen, schnell und flexibel auf geänderte Nachfragesituationen reagieren zu können. Hierdurch hat sich das Diakoniewerk einen maßgeblichen Platz in der sozialen Landschaft Mecklenburg-Vorpommerns erarbeitet. Diese Politik wird konsequent weitergeführt. Durch das breite Angebotsspektrum und die sich daraus ergebenden Synergieeffekte können auch bei komplizierten und komplexen Problemfragen kompetente Lösungen angeboten werden. Die Anforderungen des Bundesteilhabegesetzes zur Entwicklung neuer Angebote bedingen Absprachen zu den Investitionskosten. Durch diese wurde erneut der Ersatzneubau für das Wohnheim für Menschen mit Autismus in Goldberg, dessen Realisierung für 2022 geplant war, verzögert. Zudem stehen dringend Sanierungsarbeiten auf dem Gelände in Dobbertin an.

Bei einer auch für das Geschäftsjahr 2024 erwarteten konstanten Auslastung der Angebote ist die wirtschaftliche Entwicklung sehr stark abhängig vom Ergebnis der Entgeltverhandlungen und der Refinanzierung steigender Kosten. Unter diesen Voraussetzungen wird bei einer vorsichtigen Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein positives Jahresergebnis leicht unter dem des Berichtsjahres erwartet.

Dobbertin, 4. April 2024

Elke Ronneberger
Geschäftsführerin

Dr. Ulrike Gerlach
Geschäftsführerin